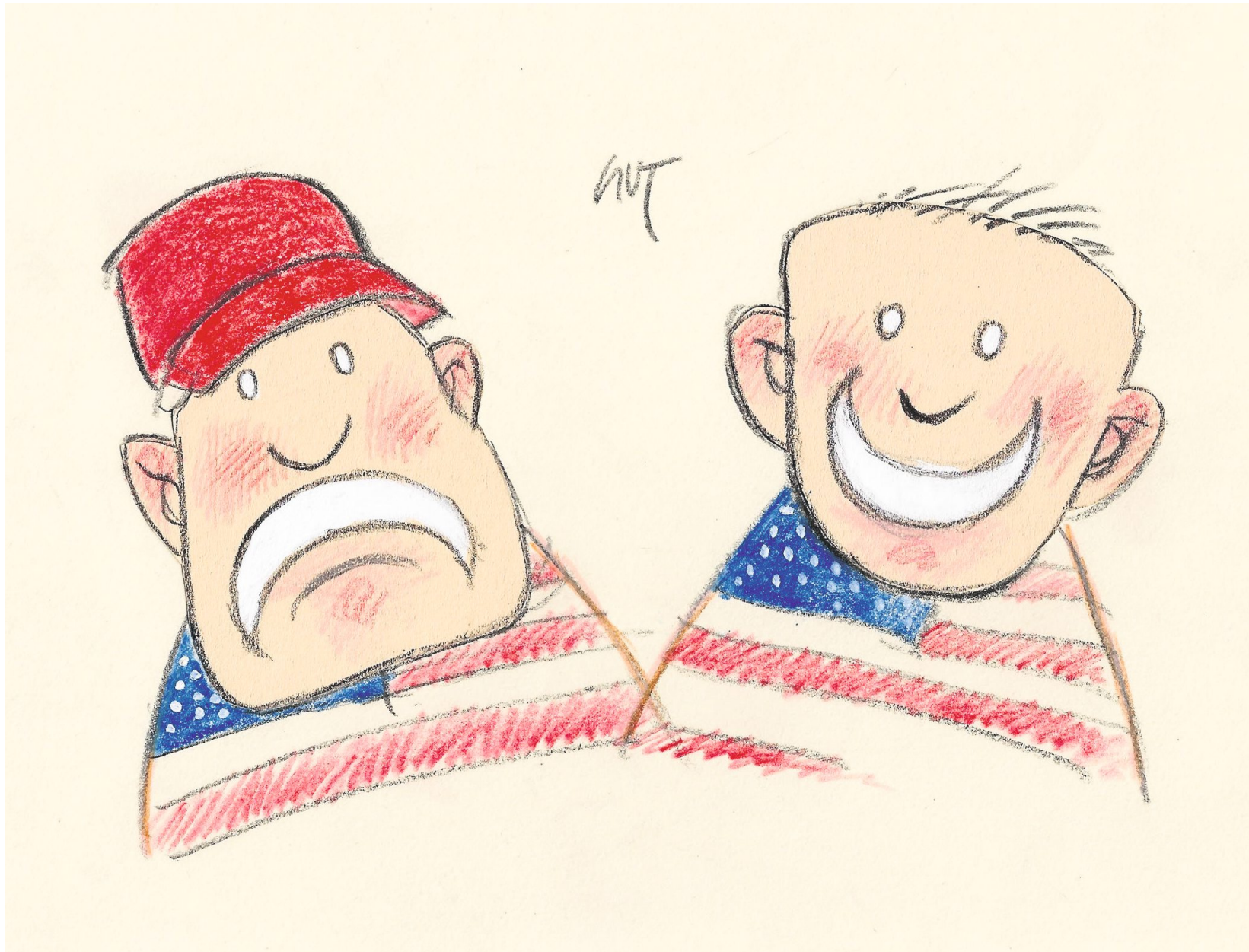




Allah spaltet Amerika

In den USA haben die Muslime erfolgreich den Marsch durch die politischen Institutionen angetreten. Ihr Einfluss wächst rasant. Gastkommentar von Stephan Bierling

Der neue muslimische Bürgermeister New Yorks, Zohran Mamdani, hetzt in einer Videobotschaft gegen Israel. Er denunziert dessen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu als «Kriegsverbrecher» und «Architekten eines Genozids». Er fordert die US-Regierung auf, ihn festzunehmen. In Texas verunglimpft der republikanische Gouverneur Greg Abbott den Council on American-Islamic Relations (Cair), die grösste muslimische Bürgerrechtsorganisation, als «ausländische terroristische Organisation» und verbietet ihr den Landkauf in seinem Staat. – Willkommen in der bösen neuen Welt des parteipolitischen Kulturkampfs, in der der Islam zum neuen Brandherd geworden ist.

Wie einig waren sich die zwei grossen Parteien noch nach den Terrorattacken vom 11. September 2001: Zwar sollte al-Kaida ausgemerzt werden, und ihre internationalen Unterstützer sollten wählen müssen, «für uns oder gegen uns» zu sein, wie Präsident George W. Bush damals sagte. Aber zugleich bemühten sich Republikaner wie Demokraten angesichts wachsender islamophober Übergriffe im Land um Deeskalation. Vor dem Islamischen Zentrum in Washington (DC) erklärte Bush sechs Tage nach den Anschlägen: «Der Islam ist Frieden.» Und die Demokratische Partei suchte die Nähe zu moderaten Muslimen und ihren Organisationen. Religiöse Toleranz, ein Anker der amerikanischen Verfassung, schien die Oberhand zu behalten.

Diese Einigkeit ist heute vorbei, das Verhältnis zum Islam, wie fast alles in den USA, zwischen den Parteien umstritten. Obwohl die 3,5 Millionen Muslime nur ein Prozent der Bevölkerung stellen, versuchen Demokraten und Republikaner, sie zu umgarnen oder zu verteufeln.

Dramatischer Bruch

Ein Grund für diese Polarisierung ist die radikale Veränderung des Stimmverhaltens amerikanischer Muslime, genauer jener zwei Drittel, die aus Süd-asien und der arabischen Welt stammen. Im Jahr 2000 wählten noch drei Viertel der nichtschwarzen Muslime den Republikaner Bush, angezogen von seinen konservativen Familienwerten und seiner unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik. Doch das Anti-Terror-Gesetz Patriot Act nach 9/11, das

**Angesichts
des propalästinensischen
Tsunamis
distanzieren sich
mehr und mehr Demokraten
von Israel.**

viele Muslime als Beschneidung ihrer Rechte empfanden, und der Irakkrieg 2003 liessen sie das Lager wechseln. Zwischen 2004 und 2020 votierten bei Präsidentschaftswahlen zwischen 70 und 80 Prozent von ihnen für die Demokraten.

2024 kam es erneut zu einem dramatischen Bruch. Grosse Teile der amerikanischen Muslime warfen Präsident Joe Biden vor, Israels Angriff auf die Hamas in Gaza nach deren Blutzug vom 7. Oktober 2023 zu tolerieren. Die Folge: Sie wandten sich von den Demokraten ab. Ihre Kandidatin Kamala Harris bekam bei den Wahlen im November 2024 nur 20 Prozent, genauso wenig wie Trump. Mehr als die Hälfte der Muslime stimmte für die Grüne Jill Stein, die im Gaza-Krieg eine strikt propalästinensische Haltung einnahm, Israel mit Genozid-Vorwürfen überzog sowie seinen wirtschaftlichen und akademischen Boykott forderte. Bei Auftritten trug sie einen Schal mit Kufiya-Muster, zu ihrem Vize machte sie den Muslim Rudolph Ware. Beiden grossen Parteien geht es heute nicht mehr primär um die Stimmen der Muslime. Vielmehr schlachten sie den Islam für ihre toxische Identitätspolitik aus.

Nach der zweiten Wahlniederlage gegen Trump suchen die traumatisierten Demokraten verzweifelt nach Themen, die der Partei wieder Lebensgeist und Kampfeslust verleihen. Dass diese ausgerechnet von der bisher marginalen radikalen Linken kommen, nimmt man in Kauf. Sie ist mittlerweile zur einflussreichsten Gruppe in der Partei aufgestiegen.

Demokratische Sozialisten wie Bernie Sanders oder Alexandria Ocasio-Cortez geniessen unter ihnen Popularität. Je jünger und je besser gebildet die Parteiaktivisten, desto höher die Zustimmung. Vor allem die Gen Z, die Generation der zwischen 1997 und 2012 Geborenen, will Reiche schröpfen, will umverteilen, verstaatlichen. Und sie hasst Israels Krieg in Gaza. Das erlaubt islamischen Gruppen und Politikern wie Mamdani, ihre Agenda in die Partei zu tragen.

Organisationen wie Cair betreiben gezieltes Lobbying für Palästina und gegen proisraelische Politiker und Interessenverbände wie das American Israel Public Affairs Committee (Aipac). Unterstützung finden sie bei Studenten und Dozenten von Eliteuniversitäten. Dort verschmelzen

woke, sozialistische und postkolonialistische Ideologien zu einer antisemitischen Denunziationsmaschine, oft getragen von muslimischen Gaststudenten und Spendengeldern, zumal aus Katar. Und das mit Erfolg: Lagen gemäss einer Gallup-Erhebung die Sympathien der Demokraten 2001 noch zu 51 Prozent bei den Israeli und zu 16 Prozent bei den Palästinensern, kehrte sich das Verhältnis im nächsten Vierteljahrhundert um: Anfang 2026 sympathisieren 65 Prozent mit den Palästinensern und nur 17 Prozent mit den Israeli.

Der Aufstieg der linksradikal-muslimischen Allianz zeigt sich auch bei der Nominierung demokratischer Kandidaten für die Kongresswahlen. Zu den Urgesteinen des linken antiisraelischen Flügels im Repräsentantenhaus um Rashida Tlaib, Ilhan Omar, Ayanna Pressley und Ocasio-Cortez stiessen schon 2023 drei weitere Mitglieder. Bei den Zwischenwahlen am 3. November dürfte die «Squad» (Truppe), wie sie sich nennen, weitere Siege erzielen.

So gelang es der 29-jährigen demokratischen Sozialistin Melat Kiros in Colorado, mit einer radikalen Anti-Israel-Kampagne der seit dreissig Jahren amtierenden Abgeordneten Diana DeGette die Nominierung der Partei zu entreissen. Ihr wichtigstes Ziel im Kongress sei es, so Kiros, «den Genozid in Palästina zu beenden». Bürgermeister Mamdani setzte in New York gleich fünf seiner Gefolgsleute gegen moderate Amtsinhaber durch. Und in Michigan gewann Abdul El-Sayed mit scharfen Attacken auf Israel die Nominierung für die Senatswahl gegen eine von AIPAC massiv unterstützte Kandidatin.

Erstmals siegte damit ein extrem linker, antiisraelischer Politiker in einem Flächenstaat, erstmals könnte mit El-Sayed im Januar 2027 ein Muslim in die kleine Kammer einziehen. Angesichts des propalästinensischen Tsunamis distanzieren sich mehr und mehr Demokraten von Israel. Fast die Hälfte ihrer Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus stimmte im Juli für das Streichen der jährlichen 3,3-Milliarden-Dollar-Militärhilfe an den jüdischen Staat.

Hochgefährliche Strategien

Einige wenige sind entsetzt ob des Pro-Palästina-Rucks der Partei. Senator John Fetterman droht mit dem Austritt, sollte es der Stopp der Israel-Hilfen ins Wahlprogramm schaffen. Der Schauspieler und Comedian Michael Rapaport erklärte, wegen der Anti-Israel-Politik sei die Wahl eines Republikaners für ihn kein Tabu mehr. Der Medienmilliardär Haim Saban, einer der grössten Geldgeber der Demokraten, hält seine Spenden zurück. Aipac fror sein digitales Spendensystem für jene 103 Demokraten ein, die für die Blockade der Militärhilfe votiert hatten. Im Gegensatz zu demokratischen Sozialisten und jungen Parteiaktivisten betrachten ältere Wähler den neuen Anti-Israel-Kurs mit Schrecken. Da über 60-Jährige fleissiger zur Wahl gehen als 20-Jährige, könnte dies die Chancen der Demokraten auf die Eroberung des Weissen Hauses 2028 ruinieren.

Die Republikaner fachen die Glutnester beim politischen Gegner so erfreut wie schamlos an. Schon im Wahlkampf 2024 lobte Trump die israel-feindliche Kandidatin der Grünen: «Jill Stein, ich mag sie sehr. Wissen Sie, warum? Sie nimmt 100 Prozent von ihnen [den Demokraten].» Die Republikaner zelebrieren sich als Anti-Islam-Partei und verunglimpfen Muslime pauschal als Gefahr für Sicherheit und Freiheit.

In seiner zweiten Amtszeit verhängte Trump einen vollständigen Einreisestopp für islamische Länder wie Afghanistan, Jemen, Iran, Libyen, Somalia oder Syrien. Paris und London sieht der Präsident als abschreckende Beispiele der Islamisierung, die britische Hauptstadt bewege sich gar in Richtung «Scharia-Gesetz». Zwei seiner texanischen Epigonen im Repräsentantenhaus gründeten die parlamentarische Vereinigung Sharia-Free America Caucus, die 66 weitere Abgeordnete aus 25 Gliedstaaten rekrutierte. Das Zentrum für das Studium organisierten Hasses, eine zivilgesellschaftliche Kontrollorganisation, zählte von Februar 2025 bis März 2026 mehr als 1100 antiislamische Posts von 46 republikanischen Mandatsträgern in den USA – ein 15-facher Anstieg pro Monat. Damit inszeniert sich die Partei, wie unter Trump üblich, als Kulturkämpferin für das wahre, weisse, christliche Amerika.

Will man den in westlichen Staaten grassierenden Islamismus zurückdrängen, sind beide Strategien hochgefährlich. Sich wie linksradikale Demokraten bei Muslimen anzubiedern und ihren Israel-Hass chic zu machen, zerstört das Gründungsversprechen der USA. Sie wie Trumps Maga-Bewegung kollektiv als unamerikanisch zu verdammern, schürt nur Opfermythos und Ressentiments. Statt die Frage parteipolitisch zu instrumentalisieren, sollten beide Parteien darauf drängen, dass sich amerikanische Muslime zu Toleranz, individueller Freiheit und Pluralismus bekennen und allen Sympathien für Gewalt und Hassrede entsagen. Aber dazu müssten Republikaner und Demokraten erst selbst diese Werte leben und dem Fanatismus in ihren eigenen Reihen abschwören.

Stephan Bierling lehrt internationale Politik an der Universität Regensburg.